

## Genosse Knolle muß unser Parteistatut ernst nehmen

Kürzlich suchte ich das Gaswerk „Max Reimann“ in Leipzig auf, welches zur Kreisleitung VII gehört. Ich hatte die Absicht, an einer Leitungssitzung teilzunehmen, ging aber eine Stunde früher in den Betrieb, um vorher mit einigen Arbeitern zu sprechen. Aus diesen Gesprächen entnahm ich, daß die Werktätigen dieses Betriebes sehr aufgeschlossen sind; sie nehmen lebhaften Anteil am politischen Geschehen, vor allem an den Problemen unseres nationalen Kampfes. Die Unterhaltung mit Mitgliedern unserer Partei ergab, daß sich der hauptamtlich tätige Sekretär, Genosse Knolle, persönlich wenig mit ihnen beschäftigt. Ich ließ mir einige Parteidokumente zeigen und stellte fest, daß die Beiträge nicht vom Sekretär, sondern von der technischen Mitarbeiterin, Genossin Scharlach, abgezeichnet waren. Daraufhin ging ich zum Parteibüro und stellte fest, daß der Sekretär an diesem Tage nicht im Werk war, aber eine ganze Reihe Mitglieder dort im Büro der Genossin Scharlach die Beiträge entrichteten. Auf meine Frage, seit wann das in dieser Form geschieht, erhielt ich erstaunt zur Antwort, das sei schon seit Monaten der Fall. Das hatte ich nicht erwartet, denn der Parteisekretär ist Mitglied des Büros der Kreisleitung VII und hatte selbst einige Male die Sekretäre der Grundeinheiten über die neue Methode des Kassierens unterrichtet. Unser neues Parteistatut, welches auf dem IV. Parteitag beschlossen wurde, mußte ihm bekannt sein. Es heißt darin im Punkt 68: „Die Kassierung geschieht durch den Sekretär der Grundorganisation.“

Das Büro der Kreisleitung VII Leipzig nahm zu dieser Angelegenheit Stellung und beschloß, die Kreisrevisionskommission zu einer Kontrolle einzusetzen, um den Umfang der Verletzung des Parteibeschlusses festzustellen. Bei dieser Kontrolle ergab sich, daß im größten Teil der Dokumente die Beitragszahlungen von der Genossin Scharlach quittiert worden

waren. Nur einzelne Dokumente waren vom Parteisekretär, Genossen Knolle, unterschrieben. Selbst in ihrem eigenen Dokument hatte Genossin Scharlach die Beitragszahlung quittiert.

Einen Teil Schuld tragen auch die Kreisleitungsmitglieder, die im Gaswerk „Max Reimann“ beschäftigt sind, denn sie hätten eine Beitragsquittung von der Genossin Scharlach ablehnen müssen. Sie sind dort an erster Stelle berufen, die Durchführung unserer Beschlüsse zu kontrollieren.

Bei der Kontrolle stellte die Kommission weiter fest, daß Genosse Mertig, Verwaltungsangestellter mit einem monatlichem Einkommen von 1100 DM, noch keinen Beitrag in diesem Jahr gezahlt hat. Beitragsrückstände von Januar bis März 1955 wurden 98 festgestellt. Die Genossin Huth benutzte ihr Dokument, um Aufbaumarken der Nationalen Front einzukleben.

Unter keinen Umständen kann eine so gröbliche Verletzung der Beschlüsse der Partei geduldet werden. Liegt doch gerade beim abgeänderten Statut die Bedeutung der Beitragsentrichtung an den Sekretär darin, daß derselbe seine Mitglieder kennenlernt und sich mit ihnen aussprechen soll. Er soll ihre Kampfstärke prüfen und die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit ermitteln, er muß die Einsatzfähigkeit seiner Mitglieder feststellen und nach richtiger Einschätzung eine operative und wirkungsvolle Parteiarbeit leisten. Er lernt darüber hinaus die Sorgen und Nöte der Mitglieder kennen und erhält die Grundlage für eine richtige Entwicklung der Kader. Mit der schlechten Arbeit des Parteisekretärs und der ungenügenden Kontrolle der Kreisleitungsmitglieder im Gaswerk „Max Reimann“ wird sich das Büro der Kreisleitung VII befassen und die Schlußfolgerung daraus ziehen, daß die Kontrolle noch mehr zu verstärken ist.

Fritz S i e m o n  
1. Sekretär der SED-Kreisleitung  
VII Leipzig